

## **Inhaltsverzeichnis**

### **Block Richtlinien**

Beschluss 01 – Keine feste Anzahl an Vorstandsmitgliedern

Beschluss 02 – Nichts ist beständiger als der Wandel

Beschluss 03 – Awarenessbeauftragte

### **Block Organisatorisches**

Beschluss 04 – Arbeitsprogramm der Jusos Leipzig 2022-2024

Beschluss 05 – Unser Awareness-Konzept

### **Block Inhaltliches**

Beschluss 06 – Bußgeldfrust Adé

Beschluss 07 – Die Pandemie ist nicht vorbei; die Impfpflicht darf es auch nicht sein

Beschluss 08 – Unseren Zoo dekolonialisieren

Beschluss 09 – Wider dem Nationalstaat und der Ungerechtigkeit – Sicherheit für geflüchtete Studierende schaffen

**Titel: Keine feste Anzahl an Vorstandsmitgliedern**

Ersetze in den Richtlinien der Jusos Leipzig §6 Absatz 3 durch:

Dem Stadtvorstand gehört stimmberechtigt eine ungerade Anzahl an Personen an, davon:

- a) Eine Vorsitzende/ ein Vorsitzender, oder zwei Vorsitzende, davon eine Frau
- b) und weitere stellvertretende Vorsitzende. Scheiden Mitglieder des Stadtvorstandes während der Wahlperiode aus, so findet auf der nächsten Vollversammlung eine Nachwahl statt.

Füge in den Richtlinien der Jusos Leipzig §6 Absatz 5 neu ein:

Die Vollversammlung entscheidet mit einfacher Mehrheit vor Beginn des Wahlgangs, wie viele Stellvertreter Vorsitzende – entsprechend §6 Abs. 3 b) – gewählt werden.

**Titel: Nichts ist beständiger als der Wandel – auch in unserem Vorstand**

Ersetze in den Richtlinien der Jusos Leipzig §6 Absatz 2 durch:

„Der Stadtvorstand wird einmal im Jahr von der Vollversammlung gewählt.“

**Titel: Awarenessbeauftragte**

Füge in den Richtlinien der Jusos Leipzig §4 Absatz 4 neu ein:

c) Awarenessbeauftragte

Füge in den Richtlinien der Jusos Leipzig §7 „Awarenessbeauftragte“ neu ein:

- 1) Die Awarenessbeauftragte(n) wird/werden jährlich von der Vollversammlung gewählt.
- 2) Es gibt maximal zwei Awarenessbeauftragte, davon mindestens eine Frau.
- 3) Bei allen Formen von Konflikten bieten die Awarenessbeauftragte(n) Unterstützung und Hilfeleistungen.
- 4) Die Awarenessbeauftragte(n) halten Kontakt zum Stadtvorstand und informieren diesen, sobald sie einen Fall bearbeitet/bearbeiten.
- 5) Vor der Wahl der neuen Awarenessbeauftragten, muss/müssen die alte(n) Awarenessbeauftragte(n) einen Rechenschaftsbericht ablegen.

## Titel: Arbeitsprogramm Jusos Leipzig 2022-24

### Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung und Selbstverständnis
2. Feminismus
3. Gegen Antisemitismus, Rassismus und rechte Akteur:innen
4. Kommunales und Jugendwahlprogramm
5. Innerverbandliches

#### (1) Einleitung und Selbstverständnis

Wir Jusos Leipzig sind der größte politische Jugendverband Leipzigs. Als **sozialistischer, feministischer** und **internationalistischer** Verband, der sich dem **Antifaschismus** verpflichtet sieht, ist für uns klar: *When nothing goes right, go left*. Die Entwicklungen dieser Gesellschaft bereiten uns Sorgen. Die Corona-Pandemie hat schon vorhandene Ungerechtigkeiten und Schieflagen noch verschärft. Während Unternehmer:innen, Manager:innen und andere Kapitalist:innen weiter Profite verzeichnen, müssen Arbeiter:innen und abhängig Beschäftigte weiter zur Arbeit gehen, sich Infektionsrisiken aussetzen und werden dafür auch noch schlecht bezahlt. Schüler:innen und Studierende leiden unter Existenzangst, weil es kaum ausreichend Unterstützung gibt. Antisemitische Verschwörungsideologien bringen rechten Menschenfeind:innen immer mehr Zulauf, während Personen, die sich öffentlich für Demokratie einsetzen um ihr Leben fürchten müssen. Wir geben uns damit nicht zufrieden.

Ausgehend von unserer **Gesellschaftsanalyse**, die auf Karl Marx und sozialistische sowie feministische Theoretiker:innen zurückgeht, entwickeln wir Positionen zu aktuellen gesellschaftlichen Themen. Unser Ziel ist es nicht, die Meinung zu vertreten, die gerade von der Mehrheit der Menschen geteilt wird. Vielmehr wollen wir Menschen von unseren Grundwerten und Positionen überzeugen und damit **linke Mehrheiten** gewinnen. Eine andere Welt ist möglich!

Wir Jusos sind das **linke Korrektiv der SPD**. Wir sind die größte und aktivste Arbeitsgemeinschaft der Partei, bundesweit genauso wie hier in Leipzig. Für uns ist klar, dass wir die Politik in diesem Land nur verändern, wenn wir zusammenhalten. Wir werden bei dieser Wahl vereint und solidarisch für unsere Positionen kämpfen und dafür sorgen, dass unsere Partei diese umsetzt. Dazu gehört auch, dass wir aktiv junge Menschen aufbauen, unterstützen und empowern sich für Ämter zu bewerben. Jusos in die Parlamente kann nicht nur eine Floskel sein, sondern soll gelebt werden. Die Kommunal-, Landtags- und Europawahlen stehen vor der Tür und brauchen junge Gesichter, die die SPD progressiv lenken und mitgestalten.

Unsere politische Arbeit geht über eine Positionierung zur aktuellen Tagespolitik hinaus. Wir wollen uns als Jusos Leipzig inhaltlich weiterentwickeln und dabei thematische Schwerpunkte setzen. Dieses Arbeitsprogramm gibt die Leitlinien vor, an denen wir die Arbeit der nächsten Jahren ausrichten werden.

## (2) Feminismus

Wir verstehen uns als **feministischen Verband**. Das darf keine Floskel sein. Wir setzen uns aktiv dafür ein, dass Frauen gehört werden. Von einem gleichberechtigten Miteinander sind wir in Gesellschaft und Politik noch weit entfernt. Auch in unserem Verband kann noch nicht davon die Rede sein, dass Frauen genauso stark vertreten sind, wie Männer.

Maßgeblich dafür ist die Etablierung von sinnvollen und funktionierenden **Awareness-Strukturen**. Es ist wichtig, dass dabei nicht nur gewählte Vorstandsmitglieder, sondern auch andere, aktive Jusos des Verbands eingebunden werden. Deshalb wollen wir als Awarenessbeauftragte maximal zwei unabhängige Personen wählen, die in engem Austausch mit dem Vorstand stehen.

Wir setzen uns dafür ein, dass alle Genoss:innen einen wertschätzenden Umgang miteinander pflegen und die Jusos Leipzig jederzeit als ein **geschützter Raum** wahrgenommen werden. Um unseren Verband dahingehend weiter zu stärken, müssen wir alle gemeinsam daran arbeiten und aufeinander achten.

**Feministische Bildungsarbeit** sowohl innerhalb des Verbands als auch darüber hinaus bleibt uns ein wichtiges Anliegen. Die Fortführung der bereits in der letzten Legislatur entstandenen Feminismusreihe und der Ausbau des Veranstaltungsangebots, das sich vorrangig an junge, engagierte Frauen richten soll, liegen uns am Herzen. Wir wollen darüber hinaus eine regelmäßige Frauenvernetzung organisieren, um den Frauen in unserem Verband die Möglichkeit von Austausch in einem safe space zu geben.

Wir sind uns dessen bewusst, dass patriarchale Strukturen nicht von heute auf morgen abgebaut werden können. Nichtsdestotrotz gehört es zu unseren vorrangigen Zielen, daran zu arbeiten, dass es irgendwann keine Awareness-Strukturen zum Schutz der Frauen in unserem Verband mehr braucht. Bis dahin gilt aber, dass wir alle gemeinsam dafür einstehen müssen und uns der Aufgabe bewusst sind. Die Jusos Leipzig sollen ein offener Raum für alle sein. Daran müssen wir alle gemeinsam arbeiten.

Insbesondere die Förderung junger, engagierter Frauen in unserem Verband und die Schaffung geschützter Räume kann dazu beitragen, dass sich mehr Frauen politisch einbringen und klar ihre Standpunkte und Meinungen artikulieren.

## (3) Gegen Antisemitismus, Rassismus und rechte Akteur:innen

Eine drängende Herausforderung bleibt der stetige und laute **Kampf gegen Rechts**. In den letzten Jahren ist wieder deutlicher geworden, dass es innerhalb der Gesellschaft einen Rechtsruck von enormem Ausmaß gibt. Nicht nur, dass sich die Grenzen des Sagbaren enorm verschoben haben muss uns die Augen öffnen, sondern auch und vor allem, dass **Antisemitismus** in Deutschland wieder offen ausgelebt wird. Auf verschwörungsideologischen Demonstrationen gehört Antisemitismus zum Standard-Repertoire. Antisemitische Anschläge setzen antisemitische Gedanken in die Tat um. Und auch im privaten Raum scheint offener Antisemitismus immer weiter vorzudringen. Es ist nicht mehr nur fünf vor zwölf, es ist jeden Augenblick Mitternacht.

Wir werden uns heute dafür einsetzen, dass unsere Gesellschaft den demokratischen Diskurs nicht verlässt. In einer Zeit, in der jüdisches Leben in Deutschland wieder durch Sicherheitsmaßnahmen eingeschränkt werden muss, sollte uns klar werden, dass sich Geschichte wiederholen kann und dass wir nicht zusehen dürfen, bis es zu spät ist. "Es ist

geschehen, und folglich kann es wieder geschehen” - dieser Ausspruch des Auschwitz-Überlebenden Primo Levi ist uns eine Mahnung.

Jüdisches Leben hat in der Gesellschaft einen Platz, den wir verteidigen werden. **Erinnerungsarbeit** in Zusammenhang mit dem Holocaust ist immens wichtig und auch wir tragen unseren Teil dazu bei. Gleichzeitig setzten wir uns dafür ein, dass jüdisches Leben in unserer Gesellschaft sichtbar wird und werden jüdische Akteur:innen dabei unterstützen.

Damit ist für uns auch der **Kampf gegen israelbezogenen Antisemitismus** (sogenannten “Antizionismus”) verbunden. Israel ist die einzige Demokratie im Nahen Osten und das Bollwerk gegen Antisemitismus für Jüdinnen und Juden auf der ganzen Welt. Die Zusammenarbeit mit Organisationen und Einzelpersonen, die das Existenzrecht Israels leugnen, lehnen wir ab. Um bei diesem Thema stärker aufgestellt zu sein, haben wir bereits mit einer Veranstaltungsreihe mit dem Jungen Forum der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Leipzig begonnen und wollen diese fortsetzen.

Wir sehen den Kampf gegen Antisemitismus als unsere historische Verantwortung, das heißt aber nicht, dass wir uns gegen andere Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit weniger engagieren. **Deutschland hat ein Problem mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit** und das nicht erst seit Hanau oder Halle. Rassismus und andere Diskriminierungsformen fangen nicht erst mit Gewalt an. Sie beginnt da, wo Menschen beispielsweise aufgrund ihres Aussehens, ihrer vermeintlichen Herkunft, Geschlecht, Behinderung oder ihrer Religionszugehörigkeit anders behandelt, ausgegrenzt oder diskriminiert werden. Unsere Gesellschaft steht vor der gewaltigen Aufgabe gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Form von struktureller, institutioneller, individueller und vor allem auf intersektionaler Ebene zu bekämpfen und eine diskriminierungsfreie Gesellschaft zu schaffen. Damit dieses gelingt braucht es Überzeugungskraft, Empathie, Perspektivwechsel, gute Konzepte aber vor allem Wissen.

Wir Jusos stehen in einer langen Tradition eines antifaschistischen Kampfes. Doch wenn wir der Lebensrealität von marginalisierten Bevölkerungsgruppen gerecht werden wollen, dann müssen wir anerkennen, dass Rassismus nicht nur in Verbindung mit Faschismus auftritt. Denn Rassismus ist das Phänomen das Menschen die Chance nimmt ein gleichwertiges Leben zu führen. Rassismus sperrt Asylsuchenden in Lager am Rande Europas ein. Rassismus verhindert eine Bildungs- oder Chancengleichheit. Rassismus hält BIPOCs davon ab Wohnungen oder Jobs zu bekommen. Es ist der Rassismus in all seinen Ausprägungen, den wir alle internalisiert haben. Aber Verhalten was man erlernt hat, kann man auch wieder verlernen. Und um dieses effektiv zu gestalten wollen wir nicht nur nach außen wirken, sondern auch unsere eigenen Strukturen auf internalisierten Rassismus untersuchen und diese dann beseitigen.

Ganz grundlegend gehört dazu, dass wir uns bemühen **mehr Menschen, die marginalisierten Gruppen angehören, für die Arbeit bei den Jusos zu gewinnen**. Denn nur, wenn wir anderen Perspektiven Raum geben und zuhören, können wir lernen und uns selbst reflektieren. Sehr wichtig ist es diese Personen zu empowern und ihnen jede Unterstützung zukommen zu lassen, damit sie sich in unseren Strukturen entfalten können um diese antidiskriminierend zu gestalten.

Konkret bedeutet das im Anschluss, dass wir auch beim Thema Antirassismus **Awareness-Strukturen** aufbauen und fördern müssen. Wir brauchen Ansprechpersonen, die für den Umgang und die Auseinandersetzung mit rassistischen Denkmustern sensibilisiert sind.

Ein weiterer wichtiger Schritt ist Bildung. Was uns die letzten Jahre bewusst wurde ist, dass wir was antirassistische Arbeit angeht anderen Ländern hinterherhinken. Das liegt vor allem daran,

wie rudimentäre unser Wissen über gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist. Dem müssen wir entgegenwirken. Deswegen ist es grundlegend wichtig, dass Lehrpläne verstärkt antidiskriminierend erstellt werden. Auch in der Ausbildung von Pädagog:innen muss stärker ein Augenmerk auf Antidiskriminierung gelegt werden. Wir selbst möchten mit **Bildungsangeboten** und **Veranstaltungen** Möglichkeiten schaffen, sich in diesen Feldern weiterzubilden. Dieses soll aus den Jusos heraus, aber auch mit Partnern wie der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Leipzig, dem jungen Forum, der Arbeitsgemeinschaft „Migration und Vielfalt“ und dem MigrantInnenbeirat geschehen. Auch wollen wir uns zukünftig im Februar, dem „Black History Month“ dezidiert mit Themen zu Rassismus und GMF beschäftigen.

#### (4) Kommunales und Jugendwahlprogramm

Als Jusos Leipzig bearbeiten wir auch **kommunale Stadtthemen** und wirken so inhaltlich in die Partei hinein. Vor allem die innerverbandliche Weiterbildung ist entscheidend, um junge Menschen für Kommunalpolitik zu begeistern. Wir werden Workshops zu kommunalen Themen veranstalten und dafür neben anderen AKs der SPD auch Funktionsträger:innen (Stadträt:innen, Stadtbezirksbeirat:innen etc.) einbeziehen.

Im Jahr 2024 steht u.a. die Kommunalwahl in Leipzig vor der Tür. Das bedeutet für uns, dass wir mit einem starken Jugendwahlprogramm auftreten wollen, das vor allem die Bedürfnisse und Anliegen der jungen Menschen in Leipzig adressiert. Wir wollen zusammen mit unserem Verband ein inhaltlich starkes Programm ausarbeiten, um so möglichst tief die Themen der SPD Leipzig mitgestalten zu können und unsere Themen in das Kommunalwahlprogramm einfließen zu lassen. In gemeinsamen Themengruppen werden wir so ein starkes Programm ausarbeiten.

Eng verknüpft mit dem Programm sind die Menschen dahinter. Für uns steht fest, dass junge Menschen ihre Anliegen auch selbst in den Parlamenten vertreten sollten. Darum werden wir frühzeitig beginnen Möglichkeiten zu schaffen sich hier bewerben zu können und später auch auf aussichtsreichen Plätzen eine gute Chance zu erhalten.

#### (5) Innerverbandliches

Nach einer langen Corona-Pause, bei der unsere Veranstaltungen vor allem online stattfanden, wollen wir den innerverbandlichen Zusammenhalt stärken. Hierfür wollen wir Teambuilding-Events veranstalten. Damit wir als Verband unsere Themen durchsetzen und kommunizieren können, müssen wir die innerverbandliche Arbeit weiter verbessern. Dafür ist es notwendig, vorhandene Strukturen stetig zu evaluieren und auf ihren Nutzen zu überprüfen.

Leipzig ist eine Stadt, in die viele junge Menschen ziehen. Daher ist die **Betreuung von Neumitgliedern** eine wichtige Aufgabe des Vorstands. Der Vorstand wird mindestens eine Person bestimmen, welche für die Betreuung der Mitglieder verantwortlich ist. Ein Neumitglieder-Team wird sich abwechselnd mit neuen Mitgliedern treffen, damit diese direkt persönlich Jusos kennenlernen und somit Hürden für eine aktive Juso-Mitgliedschaft abgebaut werden.

Auf **Bildungswochenenden** der Jusos Leipzig wollen wir zum einen unsere politischen Grundlagen festigen, vielfältige Diskussionen führen und weiter zusammen wachsen. Das ist für uns eine wichtige Möglichkeit, um das „Juso-Gefühl“ weiter zu stärken und uns für politische Auseinandersetzungen mit anderen politischen Akteur:innen vorzubereiten.



Wir bündeln unsere Kräfte, um aus unserem Einsatz die besten Ergebnisse zu ziehen. Rund um **zentrale Daten** (wie den Frauenkampftag, den 1. Mai, den Tag der Befreiung etc.) werden wir langfristige, größere Veranstaltungen organisieren. Diese werden begleitet von Themenwochen auf Social Media und offline. Zu entsprechenden Demonstrationen mobilisieren wir strukturiert und langfristig. Mit einer solchen guten Vorarbeit können wir den Schwung zentraler Gedenk-, Feier- und Kampftage sinnvoll nutzen.

Auch abseits zentraler Daten werden wir unsere **Veranstaltungen nach Oberthemen ordnen**. Damit schaffen wir Kontinuität und Greifbarkeit. Diese Oberthemen werden wir offensiv kommunizieren. Neben dem Black History Month im Februar, wollen wir uns zukünftig im Januar vertieft mit Antisemitismus, im März mit Feminismus, im Mai mit Sozialismus, im Juni mit Klimaschutz und im Juli mit unserem Grundwert Internationalismus beschäftigen. Im September wollen wir uns vertieft unserer Antifa-Arbeit widmen. Ziel ist es, dass in diesen Monaten mindestens zwei Veranstaltungen zu dem jeweiligen Oberthemen stattfinden. Ausdrücklich ermutigen wir auch Genoss:innen, die in keine Position gewählt sind, sich mit eigenen Veranstaltungen und ihren Themen einzubringen. Der Vorstand wird für konkrete Themen weiterhin Mitglieder kooptieren. Dabei sind wir für die gesamte Bandbreite an Themen offen. Ohne irgendetwas von vornherein auszuschließen, werden wir gemeinsam nach Wegen suchen, um viele spannende Themen aufzugreifen. Wir wollen die Expertise und die Ideen, die in unserer Mitgliedschaft schlummern, wecken und Genoss:innen motivieren, ihr Herzensthema im Verband zu positionieren. Das bietet uns allen die Möglichkeit, uns gegenseitig besser kennenzulernen und strukturiert zu spannenden Themen zu arbeiten.

Die Arbeit bei den Jusos Leipzig ist keine Lohnarbeit, sondern ehrenamtliches Engagement. Deshalb ist es wichtig, dass wir neben den Aufgaben auch die gute Laune im Blick behalten. **Hierarchien** im Verband, etwa zwischen dem gewählten Vorstand und Genoss:innen ohne gewählte Funktion, **bauen wir weiter ab**. Interessierte und Neumitglieder binden wir aktiv ein, denn alle sollen die Gelegenheit bekommen, bei den Jusos Leipzig aktiv zu werden. Zu wichtigen Veranstaltungen, Themen und Terminen erstellen wir Leitfäden bzw. entwickeln diese weiter, um das Wissen um diese Strukturen weiterzugeben. Im Vorstand verteilen wir klare Verantwortlichkeiten und kommunizieren diese auch in den Verband. Klare Ansprechpartner:innen sind wichtig, um die Kommunikation und Anfragen schnell und effektiv bearbeiten zu können.

Die formal bestehende Struktur der **Arbeitskreise** wird aktuell nicht genutzt. Wir möchten, dass alle Jusos ihre Themen und Ideen einbringen können - das funktioniert am besten mit effizienten und klaren Aufgabenverteilungen. Nach einer Evaluation werden wir eine klare Regelung anpeilen, ob die Arbeitskreise hierfür noch benötigt werden. Mit einem eigenen Antrag auf der Vollversammlung werden wir den gesamten Verband in die Diskussion und Abstimmung einbeziehen. Das Social-Media-Team werden wir beibehalten, um weiterhin die Social-Media-Kanäle der Jusos Leipzig zu bespielen. Interessierte können sich jederzeit an die Vorstandsmitglieder wenden, das Team profitiert von jede:r mitarbeitenden Genoss:in.

Als Jusos sind wir nicht nur ein eigenständiger politischer Jugendverband, wir stehen auch in einem kritisch-solidarischen Verhältnis zu unserer Mutterpartei, der SPD. Diese besondere Stellung werden wir nutzen, um mit **den SPD-Abgeordneten und -Stadträt:innen** in einen **regelmäßigen Austausch** zu treten. Dadurch soll die Arbeit der Abgeordneten und Stadträt:innen für uns nachvollziehbarer werden. Zugleich werden wir diese Termine nutzen, um unsere Anliegen bei den Mandatsträger:innen deutlich zu machen. Vor den Treffen legen wir Kernthemen fest, über die wir sprechen möchten. Dieser Austausch soll auch für uns Jusos eine Gelegenheit sein, unsere Abgeordneten besser kennenzulernen.

Als linkes Korrektiv der Partei ist unser Anspruch, im Wahlkampf eine aktive Rolle zu spielen. Auch für die Kommunal- und Landtagswahl 2024 wollen wir **starke Juso-Kandidat:innen auf aussichtsreiche Listenplätze** zu setzen. Die Interessen junger Menschen werden am besten durch junge Menschen in den Parlamenten vertreten und repräsentiert. Wir werden frühzeitig die Weichen stellen, um dieses Ziel zu erreichen. Dazu gehört selbstverständlich die aktive Unterstützung und Vorbereitung von Kandidat:innen zu den verschiedenen Wahlen durch Workshops und programmatische Debatten. Auch die Kooperation mit den sozialdemokratischen Bildungswerken sowie der Friedrich-Ebert-Stiftung kann dafür ein geeigneter Weg sein.

Unser Engagement in verschiedensten **Bündnissen und Netzwerken** führen wir fort und stärken sie weiter. Wir verschaffen uns eine Übersicht, welche Bündnisse und Organisationen in Leipzig zu welchen Themen arbeiten und suchen gezielt Kooperationen. Wir bündeln unsere Ressourcen, während wir gleichzeitig die wichtige Arbeit unserer Bündnisse im Blick behalten. Zum Aktionsnetzwerk "**Leipzig nimmt Platz**" sowie dem Bündnis zum **Christopher Street Day** tragen wir weiter unseren Teil bei. Auch weiterhin rufen wir zu Demonstrationen auf, wenn diese uns inhaltlich nahestehen.

Die Zusammenarbeit mit der **Juso-Hochschulgruppe (JHG)** setzen wir auf dem engen Level der Vergangenheit fort. Mit **Juso-Schüler:innen und -Azubis (JSAG)** wollen wir in Zukunft wieder eng zusammenarbeiten. Wir können alle von Erfahrungen, Ideen und Perspektiven der jeweils anderen profitieren. Dazu gehört für uns die weitere Einbeziehung von Vertreter:innen von JHG und JSAG ebenso wie gemeinsame Veranstaltungen, abgestimmte Öffentlichkeitsarbeit und vieles mehr. Wir sind froh, dass die JHG und JSAG vor Ort so aktiv sind und tragen gern unseren Teil dazu bei, diese wichtigen Gruppen weiter auszubauen.

Auch mit dem **Landesvorstand** der Jusos Sachsen werden wir zusammenarbeiten und so zur inhaltlichen und strukturellen Weiterentwicklung des Gesamtverbands beitragen. Dazu laden wir regelmäßig die Landesvorsitzenden zu unseren Veranstaltungen ein und nutzen, wenn nötig, unsere Verbindungen in den Landesvorstand. Des Weiteren nutzen wir die Veranstaltungsangebote des Landesvorstands zum Austausch mit anderen sächsischen Juso-Gliederungen. Dies kann über die aus Leipzig gewählten Mitglieder des Landesvorstandes erfolgen. Besonders mit den anliegenden Juso-Unterbezirken (Nordsachsen und Landkreis Leipzig) streben wir einen engen Austausch und gegenseitige Unterstützung z. B. im Wahlkampf, bei Demos oder vor Landesdelegiertenkonferenzen an.

Juso-Sein ist nicht nur spannende inhaltliche Arbeit, sondern lebt von **Gemeinschaft** und **Zusammenhalt**. Sobald die pandemische Lage es zulässt, werden wir diesen Teil unseres Verbandslebens wieder stärker in den Vordergrund rücken. Ob legendäre Juso-Partys, entspannte Runden im Park oder gemeinsame Ausflüge: Wir bieten Ergänzungen zur rein inhaltlich-politischen Ebene an. Nur als Gemeinschaft können wir stark sein.

## **Titel: Unser Awareness-Konzept**

„Egal ob Sexismus, Rassismus oder Homophobie. Wir sind gegen jede Form von Ungleichbehandlung und Menschenfeindlichkeit. Bei jeglicher Form von Diskriminierung auch innerhalb der Partei und des Verbandes wollen wir Schutz und Hilfestellung bieten. Aus diesem Grund wird ein Konzept für Awarenessbeauftragte erarbeitet, an das sich jede\*r bei Bedarf wenden kann. Awareness versucht, das Bewusstsein für Ungleichheiten zu schärfen und diskriminierungsfreie Räume zu schaffen. Auch andere Juso-Gliederungen haben bereits erfolgreiche Awarenessbeauftragte aufgestellt, daher möchten auch wir Awarenessbeauftragte initialisieren. In unserem Konzept soll definiert werden, welche Aufgaben die Awarenessbeauftragten übernehmen werden und wie eine absolut anonyme und leichte Ansprache gewährleistet werden kann. Alle Interessierten sollen die Möglichkeit bekommen, auf die Arbeit als Awarenessbeauftragte vorbereitet zu werden, an der Etablierung mitzuarbeiten und ihre Anregungen und Ideen direkt miteinzubringen. Die Mitarbeit an diesem Konzept soll verbandsoffen und transparent passieren.“

### **1. Aufgaben**

#### ***a. Hilfestellung und Unterstützung:***

Awarenessarbeit in Leipzig beschäftigt sich im Allgemeinen mit jeglicher Form von Diskriminierung. Dazu zählen Sexismus, Rassismus, Antisemitismus und Homophobie... . Hierzu wird den betroffenen Personen Hilfestellung und Unterstützung angeboten. In gleicher Weise soll versucht werden Diskriminierungen in unseren Strukturen abzubauen und neuen Regelungen die Ungleichheiten verschärfen entgegenzuwirken.

#### ***b. Ansprechbar sein:***

Die Awarenessbeauftragten sind Ansprechpartner\*innen. Bei allen Formen von Konflikten bieten die Awarenessbeauftragten Unterstützung und Hilfeleistungen. Dabei muss es sich nicht ausschließlich um Diskriminierung handeln. Die streitigen Situationen können auch auf größeren Meinungsverschiedenheiten oder persönlichen Konflikten basieren, welche ohne neutrale Hilfe von außen nicht lösbar sind.

#### ***c. Kontakt zum Stadtvorstand:***

Eine weitere wichtige Aufgabe ist auch der Kontakt zum Stadtvorstand. So können die Awarenessbeauftragten den Einsatz von Leuten bei Stadtveranstaltungen vorausschauend planen und Absprachen treffen. Auch soll der Stadtvorstand informiert werden, sobald die Awarenessbeauftragten an einem Fall arbeiten. In Kooperation mit dem Stadtvorstand werden Diskriminierungen in den Strukturen abgebaut.

**d. Transparenz:**

Genauso ist die Transparenz der Struktur ein bedeutender Punkt der Arbeit. Es muss für jede\*n ersichtlich sein können, wer die Awarenessbeauftragten sind und welche Aufgaben sie haben. Deshalb sollen die Aufgaben, Zuständigkeiten, Regeln und die Arbeitsweise klar vermerkt sein.

**e. Präventionsarbeit:**

Um Diskriminierung vorzubeugen, sollen die Awarenessbeauftragten mindestens halbjährlich Bildungsveranstaltungen organisieren.

Es wird Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit geleistet. Vielen ist gar nicht bewusst, wo Diskriminierung überhaupt anfängt und wie am besten reagiert werden sollte, sobald man Zeug\*in oder Opfer von diskriminierendem Verhalten wird. Hierzu werden die Seminare genutzt. Durch die Einbindung haben die Awarenessbeauftragten die Möglichkeit, die Genoss\*innen zu informieren, auf sich hinzuweisen und als Ansprechpartner\*in vor Ort nahbarer zu sein. Zur Informations – und Präventionsarbeit werden ebenso Medien wie Facebook, E-Mails und Telefonkonferenzen genutzt, um auf Missstände hinzuweisen und aufzuklären.

**2. Regeln zur Behandlung von Konflikten**

1. Die im Konflikt vermittelnde Person der Awarenessbeauftragten darf selbst nicht von den Streitigkeiten betroffen sein.
2. Die Konflikte und Anliegen der Betroffenen sind ohne das persönliche Einverständnis der Betroffenen weiterhin geheim zu halten.
3. Die Awarenessbeauftragten sind darangehalten, angemessen zu reagieren und vorsichtig mit Kritik umzugehen.
4. In Konfliktsituationen sollen Lösungen primär durch Gespräche gesucht werden.
5. Behandlung von Konflikten zwischen den Awarenessbeauftragten haben höchste Priorität.
6. Die Awarenessbeauftragten haben dem Vorstand gegenüber ein Vetorecht, bei Belangen die Diskriminierung im Verband betreffen. Dabei ist das Veto dem Vorstand zu melden. Dieser kann darüber beraten und das Veto mit einer einfachen Mehrheit annehmen oder ablehnen.
7. Um Konflikte zu klären, haben die Awarenessbeauftragten die Möglichkeit Sitzungen anzusetzen und den Vorstand und betroffene Parteien einzuladen

**3. Treffen und Weiterbildung**

1. Die Awarenessbeauftragten sind untereinander gut vernetzt.
2. Mindestens einmal im Jahr sind die Awarenessbeauftragten angehalten an einer Fort- und/oder Weiterbildung teilzunehmen.
3. Die Awarenessbeauftragten sollten sich 1x im Monat treffen.

**Titel: Bußgeldfrust Adé**

*Die SPD-Stadtratsfraktion und der SPD-Stadtvorstand mögen beschließen:*

Die Verwaltung der Stadt Leipzig wird aufgefordert für ein Pilotprojekt 5.000 Fahrradlichter anzuschaffen und eine Kooperation mit der Polizeidirektion Leipzig aufzunehmen. Bei der Aussprache von Verwarngeldern, auf Grund von fehlenden Fahrradlichtern, sollten Betroffenen Fahrradlichter unentgeltlich ausgegeben werden. Unentgeltlich ist dabei relativ zu verstehen, da das Verwarngeld/Bußgeld zu bezahlen ist. Diese Maßnahme soll ausreichend bekannt gemacht werden und auf Akzeptanz, Fahrradfreundlichkeit und Förderung von Fahrsicherheit evaluiert werden.

**Begründung**

Klares Ziel ist die Fahrradnutzung unter Bürger:innen zu fördern. Die StVZO (Bundesrecht) sieht eine Pflicht zur Fahrradbeleuchtung vor. Teilweise werden diese vergessen, in anderen Fällen besitzen Fahrradfahrende keine Lichter und die Wahrscheinlichkeit eines Unfalls ist erhöht. Dabei ist uns bewusst, dass die meisten Fahrradunfälle durch Fehlverhalten von KFZ-Fahrer:innen verursacht werden. Ungeachtet dessen, wollen wir die Situation der Fahrradfahrer:innen, die in die unangenehme Situation kommen ein Verwarn-/Bußgeld zahlen zu müssen, verbessern.

Statt lediglich eine Strafe zu zahlen, sollen Betroffene gleichzeitig ein Ansteck-Fahradlicht bekommen. Dies dient der langfristigen Sicherheit und führt gleichzeitig zu einer größeren Akzeptanz des Verwarngeldes. Letztlich kann dies auch zu Verwaltungsvereinfachung führen, da weniger Widersprüche etc. zu erwarten sind.

Darüberhinaus kann die Stadt Leipzig ihr Bild als fahrradfreundliche Stadt weiter stärken. Durch die Maßnahme wird im Außenauftritt das progressive Engagement für Fahrradfahrer:innen und eine bürger:innennahe Förderung von Verkehrssicherheit verdeutlicht.

Der Frust ein Verwarn-/ Bußgeld zu zahlen und die Sorge ohne ein Fahrradlicht am Straßenverkehr teilzunehmen werden gleichermaßen gemindert. Die Wiederholungswahrscheinlichkeit wird reduziert, da die aufgegriffenen Fahrradfahrer:innen nicht nur zur Kasse gebeten werden, sondern auch in den Besitz eines Fahrradlichtes kommen. Missbrauch kann dadurch vermieden werden, dass bei wiederholtem Verstoß der gleichen Person kein weiteres Licht ausgegeben wird oder nachträglich in Rechnung gestellt wird.

Da die Kontrollen vorwiegend durch die Landespolizei durchgeführt werden, ist eine Kooperation zwischen der Stadtverwaltung und der Polizeidirektion anzustreben. Die Maßnahme sollte auf langfristigen Nutzen evaluiert werden. Des Weiteren sollte geprüft werden, ob sie in Zukunft direkt aus Landesmitteln bezahlt werden kann. Schließlich kann vermutet werden, dass Einsparungen im kürzeren Verwaltungsverfahren mindestens teilweise die Kosten der Fahrradlichter aufwiegen.

**Titel: Die Pandemie ist nicht vorbei; die Impfpflicht darf es auch nicht sein**

*Der Stadtparteitag der SPD Leipzig möge beschließen und über den Landesparteitag der SPD Sachsen an den Bundesparteitag der SPD weiterleiten:*

*Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen mögen beschließen und an den Bundeskongress der Jusos weiterleiten mit dem Ziel der Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion:*

Seit 2 Jahren wird das gesellschaftliche und politische Leben von Sars-Cov2 (Covid19 bzw. "Corona"-Virus) beherrscht. Trotz anderslautender Verkündigungen ist die Pandemie weder vorbei noch harmlos.

Die Versuche eine allgemeine Corona-Impfpflicht einzuführen sind zwischenzeitlich gescheitert.<sup>1</sup> Der ursprüngliche Antragsentwurf einer allgemeinen Impfpflicht ab 18 Jahren<sup>2</sup> wurde schon vor der Abstimmung zu einer Kompromiss-Fassung abgeschwächt. Der neue Entwurf sah eine Impfpflicht ab 60 Jahren, sowie eine Beratungspflicht ab 18 Jahren mit der Möglichkeit einer späteren Ausweitung der Impfpflicht vor.<sup>3</sup> Am Ende stimmten selbst für diese Fassung nur unter SPD und Bündnis 90/Die Grünen eine Mehrheit.

Der erste Fehler in dieser Angelegenheit war es in der öffentlichen Debatte parteiübergreifend die Impfpflicht zu verwerfen. Noch im November 2021 wurden von Verhandler:innen der Ampel-Koalition die Ideen einer allgemeinen Impfpflicht ausgeschlossen.<sup>4</sup> Schon frühzeitig, aber spätestens zu diesem Zeitpunkt waren die enormen Risiken, Belastungen und das Eskalationspotential der Pandemie offensichtlich.

Dieser pauschale Ausschluss einer der wirkungsvollsten Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung hat den politischen Handlungsspielraum völlig grundlos stark eingeschränkt. Indem damit die späteren Möglichkeiten auf die Gefahren zu reagieren, versperrt wurden, hat dieses Ausschließen einen schweren Schaden angerichtet, der auch jetzt nicht mehr vollständig aufgeholt werden kann.

Noch immer - auch in der Aussprache im Bundestag - halten sich Falschannahmen und Fehldarstellung zur Impfung (und zur Impfpflicht). Zu diesen zählen die Behauptung, die Impfung bieten keinen Schutz vor einer Infektion oder böte ausschließlich einen Eigen-, aber keinen Fremdschutz. Nicht weniger gefährlich ist auch die Argumentation eine Impfpflicht sei (verfassungs-)rechtlich unmöglich.

Keine Handlung existiert in einem gesellschaftlichen Vakuum und keine (juristische) Bewertung kann sich allein auf die unmittelbar Auswirkungen beschränken.

Auch bestehende Regulierungen (etwa die Anschnallpflicht für Autofahrer:innen oder die Helmpflicht für Motorradfahrer:innen) schützen zu allererst die betroffene Person selbst, sind aber

---

<sup>1</sup> Plenarprotokoll 20/28 (07.04.2022) S. 2367 ff.

<sup>2</sup> BT-Drks. 20/899.

<sup>3</sup> BT-Drks. 20/1353 S. 35.

<sup>4</sup> Vgl. <https://www.dw.com/de/maas-in-deutschland-keine-allgemeine-impfpflicht/a-59888076> (abgerufen am 29.04.2022).

gleichwohl nicht verfassungswidrig. Denn aus dem Risiko für sich selbst, entsteht in vielen Situationen (etwa als Verkehrsteilnehmer:in) auch zwangsläufig ein Risiko für andere.

Richtig ist, dass die Impfpflicht ein Eingriff in Grundrechte ist, mindestens in das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit (Art. 2 II 1 GG)<sup>5</sup>. Es verkennt allerdings in mehrfacher Hinsicht den Sinn von Grundrechten, wenn man allein auf dieser Grundlage die Impfpflicht kategorisch ausschließen will.

Die Pandemie ist seit zwei Jahren von sich schnell ändernden Gegebenheiten geprägt. Maßnahmen die in einer Situation als sinnvoll erscheinen, können später als kontraproduktiv oder ineffektiv erkannt werden. Insbesondere auch naturwissenschaftliche Erkenntnisse entwickeln sich konstant weiter. Bei der Beurteilung solch einer Lage, bei der es Gewissheiten kaum gibt, genügt es, wenn sich Gesetzgeber nach einer "sachgerechten und vertretbaren Beurteilung der ihm verfügbaren Informationen und Erkenntnismöglichkeiten"<sup>6</sup> handelt.

Aktuell zeichnet sich laut Einschätzung des RKI folgender Konsens ab:

Bei allen Varianten des Virus ist das Risiko für Geimpfte geringer als bei Nicht-Geimpften. Das betrifft sowohl das Risiko schwerer Verläufe und Todesfälle als auch das der Hospitalisierung. Obwohl bei der "Omikron"-Variante die Wirksamkeit geringer ist und die Forschungslage noch lückenhaft ist, zeichnet sich ab, dass auch hier Geimpfte (insbesondere Dreifach-Geimpfte) besser geschützt sind als Ungeimpfte. Auch das Risiko das Virus zu übertragen sinkt durch die Impfung (und erneut durch die Booster-Impfung).<sup>7</sup>

Zusammengefasst bedeutet dies: Die Impfung schützt die geimpfte Person sich zu infizieren und schützt andere Personen das Virus von Geimpften zu bekommen. Die Übertragung von Geimpften zu Geimpften ist die geringste und die am wenigsten gefährliche. Daraus folgt auch die Erkenntnis: Neben anderen Maßnahmen, die weiterhin ergriffen werden müssen ist die höchstmögliche Impfquote der beste Schutz.

Es gibt Risiken für Impfnebenwirkungen, die allerdings deutlich geringer ausfallen als die Risiken einer Infektion. Auch gibt es keinen Anlass von "Langzeitnebenwirkungen" auszugehen.<sup>8</sup> Ganz im Gegensatz zu den bekannten Gefahren von Long-Covid.<sup>9</sup> Auch gibt es nach-wie-vor Bevölkerungsgruppen, die sich nicht impfen lassen können: Für Kinder unter 5 Jahren gibt es (noch) keine Impfeempfehlung. Auch bei verschiedenen Vorerkrankungen und bis zum vierten Monat einer Schwangerschaft<sup>10</sup> wird von einer Impfung abgeraten.

---

<sup>5</sup> Vgl. Hofmann/Neuhöfer NVwZ 2022, 19, 21 (Das "Corona"-Virus und die allgemeine Impfpflicht) welche auch die Religionsfreiheit und das allgemeine Persönlichkeitsrecht für einschlägig erachten.

<sup>6</sup> BVerfG - Beschluss vom 19. November 2021 - 1 BvR 781/21 - Rn 171.

<sup>7</sup> [https://www.rki.de/SharedDocs/FAQ/COVID-Impfen/FAQ\\_Liste\\_Wirksamkeit.html](https://www.rki.de/SharedDocs/FAQ/COVID-Impfen/FAQ_Liste_Wirksamkeit.html) (abgerufen am 29.04.2022).

<sup>8</sup> <https://www.infektionsschutz.de/coronavirus/schutzimpfung/risiken-und-nebenwirkungen/#tab-4683-5> (abgerufen am 29.04.2022).

<sup>9</sup> <https://www.infektionsschutz.de/coronavirus/basisinformationen/long-covid-langzeitfolgen-von-covid-19/> (abgerufen am 06.05.2022).

<sup>10</sup> <https://www.zusammengegencorona.de/leichtesprache/corona-schutzimpfung-fuer-schwangere/> (abgerufen am 06.05.2022).

Selbst wenn man von der (fehlerhaften) Annahme ausginge, die Impfung sei nur ein Selbstschutz, muss diese Argumentation scheitern. Eine vollkommen eigenverantwortliche Entscheidung kann es im Angesicht einer Pandemie nicht geben. Patient:innen, die aufgrund einer Infektion im Krankenhaus landen, sind dabei auf Ressourcen angewiesen (Intensivbetten, Pflegekräfte, Ärzt:innen, Medikamente), die anderen nicht mehr zur Verfügung stehen. In der vierten "Corona"-Welle im Herbst/Winter 2021/22 mussten drei Viertel aller Krankenhäuser Operationen verschieben.<sup>11</sup> Die Entscheidung für oder gegen eine Impfung hat (immer) auch für andere Menschen Konsequenzen und kann somit auch dort wesentlich für grundrechtlich relevante Fragen werden.

Die in diesem Zusammenhang verbreitete Behauptung, die Ablehnung von Schutzmaßnahmen müsse nicht gerechtfertigt werden,<sup>12</sup> klammert sich an ein überholtes "liberales" Verständnis von Grundrechten. Es beschränkt sich auf die (zweifelloso richtige) Interpretation von "Abwehrrechten" gegen den Staat, ignoriert aber die verfassungsrechtliche Dimension der Schutzpflichten. Die Gleichsetzung von weniger Staat gleich mehr Freiheit geht völlig an der Realität vorbei. Durch einen Verzicht auf die allgemeine Impfpflicht wird ebenso eine Bedrohung für Grundrechte geschaffen. Wenn der Staat von einer gegebenen Möglichkeit Menschen vor einer Krankheit zu schützen, keinen Gebrauch macht, ist, kommt das genauso einem Eingriff in Grundrechte gleich.<sup>13</sup>

Der Bundestag hat sich - zum Glück - auch gegen den Antrag<sup>14</sup> gestellt jede Impfpflicht abzulehnen.<sup>15</sup> Die Impfpflicht gehört nach Art. 74 I Nr. 12, 19 GG zur konkurrierenden Gesetzgebung. Dadurch dass der Bund keinerlei Regelung getroffen hat um die Impfpflicht zu beschließen oder auszuschließen, hätten aktuell die Bundesländer die Möglichkeiten landesweite Impfpflichten einzuführen.<sup>16</sup> Bis bundesweit Mehrheiten gefunden sind um die Impfpflicht einzuführen, sollten hier Landesregierungen und -parlamente bereits vorangehen.

Die Impfpflicht ist nicht ohne Probleme. Die Frage der Durchsetzung ist noch nicht eindeutig beantwortet. Ein Abstellen auf ein Bußgeld belastet Menschen mit geringerem Einkommen logischerweise stärker. Eine Durchsetzung mit unmittelbarem Zwang kreiert neue (verfassungs-) rechtlich Probleme. Sie ist zweifellos keine perfekte Lösung. Eine solche ist nach zwei Jahren Pandemie aber auch kaum denkbar. Die "Corona"-Politik war und ist primär eine der Schadensbegrenzung, ein Versuch die Opfer und Einschränkungen auf einem Minimum zu halten. Selbst aktuell in der guten "Phase" im Frühling und Sommer kommt es wöchentlich zu einer dreistelligen Anzahl an Todesfällen.<sup>17</sup> Die freiwillige Impfkampagne ist zwischenzeitlich gescheitert. Als gleich geeignet wie die Impfpflicht konnte sie sowieso nie betrachtet werden.<sup>18</sup>

---

<sup>11</sup> <https://www.deutschlandfunkkultur.de/operation-verschiebung-corona-100.html> (abgerufen am 02.05.2022).

<sup>12</sup> <https://www.zeit.de/politik/2022-03/corona-politik-fdp-freiheit-kulturkampf> (abgerufen am 02.05.2022).

<sup>13</sup> Vgl. Kießling VerfBlog 2020/03/02 (Coronavirus, Masern und die Grundrechte) am Beispiel der Impfpflicht gegen Masern.

<sup>14</sup> BT-Drks 20/516.

<sup>15</sup> Plenarprotokoll 20/28 (07.04.2022) S. 2373 ff.

<sup>16</sup> Mayer/Mülder VerfBlog 2021/11/29 (Bayern first, Deutschland second?: Zur Möglichkeit einer landesrechtlichen Impfpflicht gegen das Corona-Virus).

<sup>17</sup> [https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges\\_Coronavirus/Situationsberichte/Wochenbericht/Wochenbericht\\_2022-04-28.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Situationsberichte/Wochenbericht/Wochenbericht_2022-04-28.pdf?__blob=publicationFile) (abgerufen am 02.05.2022) S. 21.

<sup>18</sup> Vgl. BT-WD 3 - 3000 - 019/16 (Verfassungsrechtliche Zulassungssigkeit einer Impfpflicht) S. 5.



Als "Zwischenlösung" zwischen Freiwilligkeit und Impfpflicht wurde ebenso die Impfprämie diskutiert, welche einen ökonomischen Anreiz zur Impfung geben soll. Letztlich wurde diese Option nicht in Betracht gezogen. Im Kontext der möglichen Grundrechtseinschränkungen durch eine Impfpflicht ist die Impfprämie eine mildere Möglichkeit, um mehr Menschen von der Impfung zu überzeugen. Angesichts der Dringlichkeit, die das Fortschreiten der Pandemie gebietet, kann aber nur eine Impfpflicht die nötige Impfquote in der erforderlichen Zeit herbeiführen. Allerdings kann auch eine sofortige Impfpflicht nicht sofort eine Sanktionierung bedeuten. Nach der Einführung einer Impfpflicht muss eine Frist gesetzt werden, in der sich Bürger:innen noch impfen können um der Sanktionierung zu entgehen. Über diesem Hintergrund sehen wir die Impfprämie als gute Übergangsmaßnahme an, die bis zum Zeitpunkt der Einführung einer Impfpflicht einen Anreiz zu einer frühen Impfung geben soll. Trotzdem muss umgehend die Impfpflicht vorbereitet werden und die Impfprämie kann bestenfalls noch als temporäre Option in Betracht kommen, bis die Impfpflicht bereit ist.

Der gewählte Weg als Ampel-Koalition keine gemeinsame Position zu beziehen oder zu entwickeln war zwar für sich genommen kein Fehler. An dem Verfahren hätte aber ab dem Moment nicht mehr festgehalten werden dürfen, als klar war dass sich CDU/CSU nicht auf eine "freie" Abstimmung im Parlament einlassen würden. Die jetzt gezogene Zwischenbilanz, die Impfpflicht als gescheitert zu bewerten,<sup>19</sup> darf nicht das Ende sein. Angesichts der drohenden neuen Wellen im Winter und darüber hinaus<sup>20</sup> muss die Debatte weitergehen und SPD muss sich viel stärker als Befürworterin einer allgemeinen Impfpflicht positionieren und mit dieser Position in die Offensive gehen.

Deshalb fordern wir:

- Die SPD und SPD-Bundestagsfraktion müssen sich selbstkritisch mit den gemachten Fehlern in dieser Sache auseinandersetzen. Dazu zählen insbesondere der Ausschluss der Impfpflicht vor der Wahl und das Festhalten an der "Gewissensentscheidung" im Bundestag.
- Die SPD muss an dem Ziel einer allgemeinen Corona-Impfpflicht ab 18 Jahren festhalten und einen neuen Ansatz versuchen dieses Ziel zu erreichen. Insbesondere muss sie den verkürzten und falschen Darstellungen auch innerhalb der Regierungsfractionen entschieden entgegenreten.
- Die Vorgaben der Impfpflicht sind immer dem aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisstand anzupassen. Sobald ein neuer Impfstoff, der auf die „Omikron“-Variante abgestimmt ist, verfügbar und hinreichend getestet wurde, soll die Impfpflicht auf diesen ausgerichtet werden.
- Die Impfpflicht kann dabei jetzt und in der Zukunft nur als ein Mittel unter Vielen zur Pandemie-Bekämpfung verstanden werden. Weder die Impfung noch die Impfpflicht sind das Allheilmittel in dieser Lage. Auch Abstands- und Maskenregeln sowie ein finanzieller und

---

<sup>19</sup> <https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/corona-impfpflicht-bundestag-bundeskanzler-scholz-lauterbach/> (abgerufen am 02.05.2022).

<sup>20</sup> <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/br24live-lauterbach-warnt-vor-neuer-corona-welle-im-herbst,T2OisRu> (abgerufen am 02.05.2022).

personeller Ausbau der Gesundheitsämter und Krankenhäuser sind und werden weiterhin notwendig sein.

**Titel: Unseren Zoo dekolonialisieren**

*Die Jusos Leipzig mögen sich dafür einsetzen:*

Die Veranstaltungen wie etwa "Hakuna Matata, die asiatischen Sommernächte und El Dorado werden bis Ende des 4. Quartals durch Veranstaltungsformate ersetzt, die keine Stereotypen und Klischees wiederholen. Diese sollen, in aufklärerischer Absicht, einen differenzierten und reflektierten Einblick in historische, gesellschaftliche und kulturelle Strukturen und Zusammenhänge unterschiedlicher Länder und Kontinente vermitteln. Bei der Entwicklung der Veranstaltungsformate werden relevante Akteure wie der Migrant\*innenbeirat, die Universität Leipzig, das Museum für Völkerkunde zu Leipzig und Leipzig Postkolonial e. V. einbezogen. Innerhalb des Zoos wird die Aufarbeitung der kolonialen Vergangenheit weiter intensiviert und diese Arbeit, dieses Engagement auch in erweiterter Form auf dem Zoo-Areal und in entsprechenden Publikationen sichtbar gemacht wird.

**Titel: Wider dem Nationalstaat und der Ungerechtigkeit - Sicherheit für geflüchtete Studierende schaffen**

Der internationale Austausch unter Studierenden ist ein Erfolg der letzten Jahrzehnte grenzübergreifender Zusammenarbeit im Bereich der Hochschulpolitik und eine große Bereicherung für das Studium, die Forschung und das Leben am Campus. Sei es die Möglichkeit eines kurzfristigen Aufenthaltes im Rahmen eines Auslandssemesters, einer internationalen Sommerschule oder das Absolvieren eines vollständigen Studiums im Ausland - internationale Verträge, Vereinigungen und die EU haben maßgeblich dazu beigetragen, dass das Studieren und Forschen nicht mehr nur innerhalb der nationalen Grenzen gedacht wird. Diese Erkenntnis soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sowohl von nationalen als auch von eben diesen internationalen Institutionen Schwierigkeiten im Zuge eines Auslandsstudiums nicht erkannt oder nicht hinreichend angegangen werden.

Eine kurze Betrachtung der Situation ausländischer Studierender vor Ausbruch der Pandemie zeigt: Ausländischen Menschen, die ihr Studium in der Bundesrepublik beginnen, waren und sind für ihren Studienerfolg enorm hohen Hürden ausgesetzt. Obwohl diese zu einem großen Teil in ihren Herkunftsländern zur Bildungselite mit bereits vorhandenen Studienerfahrungen gehören, sind die Abbruchquoten an deutschen Hochschulen desaströs. Trotz Verbesserungen in den vergangenen Jahren liegt der Anteil von Studienabbrüchen bei etwa 45 Prozent im Bachelor- und etwa 29 Prozent im Masterstudium, deutlich höher als bei inländischen Studierenden. Derartige Symptome schlechter Bedingungen vor und während eines Auslandsstudiums dürfen die eigentlichen Vorteile dessen nicht mehr überzeichnen, kein Hindernis für die Aufnahme oder Grund für das Beenden eines Studiums im Ausland sein. Damit jede\*r in Europa und darüber hinaus mit sozial-gerechten und entgegenkommenden Voraussetzungen ein Studium beginnen oder weiterführen kann, müssen in Folgendem aufgezeigte vorherrschende Zustände aufgebrochen und verbessert werden.

**Wissenschaftlichen Dialog über Europa hinaus ermöglichen!**

Machen wir eine knappe Bestandsaufnahme der Situation internationaler Studierender außerhalb Europas für die Aufnahme eines Studiums in der Bundesrepublik im Jahr 2022. Ist ein Visum für Zwecke des Auslandsstudiums erteilt und ein Aufenthaltstitel gemäß der Voraussetzungen des Aufenthaltsgesetzes ausgestellt, wird eine erste Aufenthaltserlaubnis von einem Jahr bis höchstens zwei Jahren genehmigt. Eine Verlängerung dessen kann für zwei Jahre erfolgen. Dafür muss jedoch nachgewiesen werden, dass der Lebensunterhalts gesichert und der Studienverlauf auf eine Beendigung des Studiums in angemessener Zeit schließen lässt. Für die Bewertung des voraussichtlichen Studienerfolgs werden sowohl Studienzeit als auch die erbrachten Leistungsnachweise herangezogen. Erwerbstätigkeiten in der Zeit des ersten Aufenthaltsjahres vor dem Studium, um zum Beispiel Sprachkurse oder ähnliches wahrzunehmen, sind nicht

gestattet. Während des Studiums oder der Promotion sind Beschäftigungen nur in einem begrenzten Umfang von 120 ganzen oder 240 halben Tagen erlaubt.

Kurzum: Die Gegebenheiten für Personen aus Ländern außerhalb von Europa an deutschen Hochschulen ein Studium zu beginnen und oder zuende zu führen sind in verheerender Weise schlecht. Aus einer Überzeugung zur internationalen Chancengleichheit heraus, gilt es sich dafür einzusetzen, dass Studierenden unabhängig von ihrem Herkunftsland die gleichen Möglichkeiten auf ein erfolgreiches Studium geboten werden. Weil ein kultureller und sozialer Austausch im Kontext der Forschung und wissenschaftlichen Lehre eine besondere Relevanz für diesbezügliche progressive Entwicklungen hat, kann dieser nicht nur innerhalb eines Kontinents stattfinden. Infolge dieser Erkenntnis müssen wir uns für eine Differenzierung des Aufenthaltsgesetzes für Studierende einsetzen, welche einen breiteren Dialog mit verschiedenen wissenschaftlichen Perspektiven ermöglicht. Im Zuge dieser Gesetzesanpassung sollten die Bedingungen zur Beschäftigung in einem Job neben dem Studium denen von inländischen Studierenden angeglichen werden. Das kann in Bezug auf die Herstellung von sozialer Gerechtigkeit aber in keinem Fall eine Alternative zur vollständigen Reformierung von staatlichen Studienförderungsmaßnahmen sein.

### **Finanzielle Sicherheit internationaler Studierender schaffen**

Etwa ein Drittel der ungefähr 330.000 ausländischen Studierenden an deutschen Hochschulen sind zwingend auf einen Nebenjob angewiesen. Der restliche Teil der Studierenden finanziert sich sein Auslandsstudium durch Unterstützungen der Eltern. Was das zeigt ist, dass die aktuellen staatlichen Programme zur Finanzierung eines Studiums auch auf internationaler Ebene ihrer Aufgabe überhaupt nicht gerecht werden. Der Status Quo des Erasmus+-Programms trägt maßgeblich zur Reproduktion von Ungerechtigkeiten unter Studierenden bei und hat zur Folge, dass sich einen Auslandsaufenthalt nur Studierende mit eher wohlhabenden Eltern leisten können. Für ein internationalistisches Verständnis von Hochschulpolitik müssen die internationale Zusammenarbeit zwischen Studierenden und Promovierenden Hand-in-Hand mit einer Verbesserung der dafür nötigen Rahmenbedingungen gehen. Die Kapazitäten müssen deshalb zur Überwindung derartiger Gefälle deutlich erhöht und der Förderungsbetrag an die Höhe der finanziellen Bedürfnisse angepasst werden. Für die Überwindung von gegenwärtig dominierenden Ungerechtigkeiten, gilt es auch im Sinne von ausländischen Studierenden den Strukturen der Ausbildungsförderung, maßgeblich dem BAföG, weiterhin den Kampf anzusagen!

### **Kriegssituation anerkennen - Schutz für Studierende auf der Flucht gewährleisten**

Neben diesen widrigen Studienbedingungen beschäftigt uns auf internationaler Ebene seit nun etwa drei Monaten verstärkt die Gegebenheiten in der Ukraine nach den unrechtfertigbaren Angriffen der russischen Regierung sowie der sich immer wieder zeigenden Aggression und Kaltblütigkeit Wladimir Putins. Seit Februar diesen Jahres trägt der russische Präsident seine antidemokratische, wissenschaftsfeindliche und nationalistische Agenda auch auf einem souveränen Staat und auf den Schicksalen der diesigen Zivilbevölkerung aus. Unzählige in der Ukraine lebende Menschen mussten bereits mit der enormen Gewalt ausgehend von dem russischen Militär leben, ihre Familien und die Unterkünfte verlassen und über tagelange

Fluchtwege aus der Ukraine entkommen oder sogar ihr Leben lassen. Das alles allein begründet durch die geopolitischen Entscheidungen eines russischen Präsidenten, der sich schon seit Jahrzehnten Rechte internationaler Abkommen verletzt und die russische Bevölkerung durch Propaganda sowie Unterdrückung vom Rest der Welt abschneidet. So werden die vermeintlich den Krieg legitimierenden Erzählungen, die Ukraine habe keine eigene Identität oder ein sie repräsentierendes Volk und die Angriffe würden nur zur Verteidigung historisch russisch gegliederter Gebiete erfolgen. Diese Politik ist nicht nur fern von jeglicher wissenschaftlichen Erkenntnis, sondern spiegelt auch noch einmal die autoritären Vorstellungen Putins wider. Für uns ist klar, dass wir uns entschlossen gegen den gegenwärtigen Angriff Russlands und seine Kriegsführung stellen. In den letzten Wochen treffen in Folge dessen, wie bereits beschrieben, tausende flüchtende Menschen in der Bundesrepublik ein, darunter viele Wissenschaftler\*innen und Studierende. Um diesen hier Sicherheit und Schutz bereitzustellen muss in Leipzig die psychologische Unterstützung Geflüchteter aus der Ukraine, der Ausbau von Sprach- und Integrationskursen sowie die Betreuung Studieninteressierter durch Lotsen ermöglicht werden. Die Wissenschaftsbrücke darf jetzt kein Geschwätz bleiben, sondern muss mit Maßnahmen gefüllt werden.

### **Rassismus an nationalen Grenzen entgegenwirken**

Gleichsam erleben wir gerade einmal mehr, wie eine politische Ausnahmesituation zum Mittel von rassistischen Äußerungen und einer durch diese Ideologie gestärktem Handeln wird. Wo sich derzeit die Bereitschaft und die Unterstützung an der Aufnahme von geflüchteten Menschen zeigt, findet sich auch teilweise in einer erheblichen Ungleichbehandlung nach der Religionszugehörigkeit, der Hautfarbe und der familiären Herkunftsgeschichte wider. Dass Studierenden aus Indien und aus afrikanischen Ländern - in der Ukraine lebend oder nicht - Fluchtwege verwehrt werden und sie an Grenzen abgewiesen werden, ist nicht hinnehmbar. Dass fliehende Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe und Herkunft noch in Geflüchtete erster und zweiter Klasse eingeteilt werden, zeigt den tief verankerten Rassismus in Europa und der Bundesrepublik! Sichere Fluchtwege müssen für alle Flüchtenden in der ganzen EU sichergestellt werden. Auch wenn angesichts des Krieges die Öffnung des BAföG für Geflüchtete aus der Ukraine ein richtiger Schritt war, sind wir in diesem Zusammenhang darüber bestürzt, dass nicht auch flüchtende Studierende mit anderer Herkunft diese Möglichkeit der finanziellen Absicherung haben. Eine Notsituation wie die gegenwärtige darf nicht Spielfeld für rassistische Ideologie sein!

### **Deshalb fordern wir:**

- Differenzierung der Richtlinien zur Freizügigkeit der EU in Bezug auf den Aufenthaltsstatus und die Abhängigkeit zur Erwerbstätigkeit
- Annäherungen von Lehrinhalten und Leistungsnachweisen im internationalen Kontext für eine vereinfachte Vergleichbarkeit von Hochschulqualifikationen an der Universität Leipzig
- Differenzierung des Aufenthaltsgesetzes im Zusammenhang mit Studierenden, hin zu einem unbegrenzten Aufenthaltsrecht ohne Leistungsnachweise

- ▮ Angleichung der Regelung von Erwerbstätigkeit von Studierenden aus nicht-europäischen Staaten und inländischen Studierenden in Leipzig und Sachsen
- ▮ Errichtung einer Wissenschaftsbrücke in Leipzig für aus der Ukraine flüchtende Forschende, Dozierende und Studierende
- ▮ Umsetzung einer Wissenschaftsbrücke in Leipzig: psychologische Unterstützung für Geflüchtete aus der Ukraine, der Ausbau von Sprach- und Integrationskursen sowie die Betreuung Studieninteressierter durch Lotsen
- ▮ Gewährleistung sicherer Fluchtwege für alle Menschen in der gesamten EU
- ▮ BAföG-Anspruch für alle flüchtenden Studierenden

Hoch die internationale Solidarität mit allen international Studierenden und insbesondere den Ukrainer\*innen sowie all denen, die vom Krieg betroffen sind!



**Jungsozialist\*innen in der SPD Leipzig**  
**Rosa-Luxemburg-Straße 19/21**  
**04103 Leipzig**

**hallo@jusos-leipzig.de**  
**www.jusos-leipzig.de**

